Fachforum I - Neu versorgt: Energiewandel

"Neu versorgt: Energiewandel" unter diesem Titel diskutierten fünf Referenten aus Politik und Wirtschaft im Fachforum I der 15. Denkfabrik auf dem Dresdner Flughafen. Das Panel wurde von der Wissenschaftlerin PD Dr. Antje Nötzold moderiert. Auf dem Podium waren der CDU-Fraktionschef im Sächsischen Landtag Christian Hartmann MdL, der Vorstandsvorsitzende der envia Mitteldeutsche Energie AG Dr. Stephan Lowis, der Vorstandsvorsitzende der Lausitz Energie Bergbau AG Thorsten Kramer, der Leiter der Außenbeziehungen von Zukunft Gas e.V. Peter Meyer und die Leiterin Grüne Gase der VNG AG Cornelia Müller-Pagel.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass gesellschaftliche Akzeptanz die Grundvoraussetzung für den Energiewandel für die erfolgreiche Umsetzung ist. Nur sichere, bezahlbare und nachhaltige Energie kann den Industriestandort Deutschland erhalten und weiter ausbauen.

Gleichzeitig gilt es, auch Bereiche des Themas Energie zu bedenken, die nicht direkt mit der Erzeugung zusammenhängen. Gerade im Bereich der Infrastruktur und Speicherung stehen wir auch hier vor Aufgaben, die Politik, Wirtschaft und die Menschen vor Ort gemeinsam anpacken müssen. Wie auch bei der Energieerzeugung wird es hier auf größtmögliche Technologieoffenheit, Praxisnähe und den Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort brauchen, damit gute und verlässliche Wege und Lösungen gefunden werden können.

In der anschließenden Fragerunde konnte das Publikum Fragen an die Referenten stellen. In den zahlreichen Wortmeldungen wurde über Energiespeichermedien, die soziale Verantwortung in den Strukturwandelregion sowie die Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung gesprochen. Auch wurde über Möglichkeiten der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunen an Energieprojekten diskutiert. Hier zeigte sich, dass es erstens bereits Modelle und Möglichkeiten gibt, ein Ausbau aber für eine weiter steigende Akzeptanz und Attraktivität förderlich sein kann.

Besonders die Planungssicherheit soll in Zukunft eine stärkere Rolle für die Unternehmen und die Politik spielen, damit die weitere Ausgestaltung im Bereich des Energiewandels eine gesellschaftliche Akzeptanz findet.